

Klartext

DIE LINKE.

Impressum:
Herausgeber: DIE LINKE Bezirksverband Wandsbek,
Wandsbeker Chaussee 286, 22089 Hamburg

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Inge Asimiadis, Manfred Goll (Anschrift wie Herausgeber)

Wir freuen uns über Spenden!
DIE LINKE Wandsbek
Hamburger Sparkasse, Konto 1268143169, BLZ 20050550

Wo Sie uns im Internet finden:
www.die-linke-wandsbek.de
www.fuer-ein-soziales-hamburg.de · www.die-linke.de
www.youtube.de/linksfraktion

Umsteuern, nicht kürzen!

Die CDU setzt auf das Prinzip Sparen, nach dem Motto, man kann nur ausgeben, was man hat. Das hat sie in Hamburg dennoch nicht daran gehindert, den größten Schuldenberg aller Zeiten aufzutürmen. Aber am Prinzip Sparen will sie dennoch unbeirrt festhalten und kürzt, vor allem im sozialen Bereich und bei den Gehältern im Öffentlichen Dienst.

Trotzdem sind die Ausgaben nicht wesentlich gesunken. Dass dieses Konzept nicht erfolgreich sein kann ist sicher. Es wird die Probleme verstärken, nicht lösen.

Schulden im Öffentlichen Haushalt sind unstrittig problematisch. Die dafür zu zahlenden Zinsen schränken den politischen Handlungsspielraum ein. Die CDU setzt deshalb auf rigoroses Sparen nach der Methode der „schwäbischen Hausfrau“ von Merkel und Schäuble. Das Sparprinzip funktioniert zwar im privaten Bereich, auch in den Unternehmen ist es mit großen Einschränkungen

noch sinnvoll, aber nicht in der Volkswirtschaft. Wer einen Staatshaushalt mit Sparen sanieren will, erreicht meist das Gegenteil. Er baut die Wirtschaft nicht auf, sondern ruiniert sie. Typische Beispiele dafür waren die Sparwirtschaft von Reichskanzler Brüning in der Weimarer Republik, die Deutschland in die Krise trieb, und



Protest vor dem Rathaus gegen die Kürzungspläne des Senats

von Frau Thatcher, die England damit an den Rand der Pleite führte. Ein aktuelles Beispiel ist Griechenland. Die von der EU und vom Internationalen Währungsfond verordnete Sparpolitik, maßgeblich gefordert von Frau Merkel, wird Griechenland nicht helfen, sondern nur noch tiefer in die Krise stürzen, mit unabsehbaren, aber in jedem Fall teuren Folgen für die EU-Partner.

Was „Sparpolitiker“ regelmäßig übersehen ist, dass Sparen meistens die Krise verschärft, dagegen Schuldenmachen in der Krise zum Wirtschaftsaufschwung führt, wenn nur der Nutzen größer ist, als der Nachteil. Mit diesem Prinzip des Nationalökonom John Maynard Keynes ist soeben wieder die große Weltwirtschaftskrise gemeistert worden.

Sparen heißt Nachfrage bremsen, Arbeitslosigkeit erhöhen, Steueraufkommen senken, eine wirtschaftliche Abwärtsspirale in Gang setzen, die die Krise mit jeder Umdrehung verschärft.

Umsteuern heißt investieren, Nachfrage schaffen, die Wirtschaft in Schwung bringen, höheres Steueraufkommen und eine stabile Aufwärtsentwicklung in Gang setzen. Dies gilt es auch in Hamburg zu verwirklichen. Das Geld dafür ist nämlich vorhanden. Man muss es nur im Sinne einer Wachstumsstrategie einsetzen. Umsteuern eben!

HVV: Nulltarif statt Preiserhöhungen

Der Öffentliche Personennahverkehr hat in Hamburg in den vergangenen Jahren immer mehr Fahrgäste gewonnen. Das ist erfreulich. Die regelmäßigen Tarifier-



Eine Hafenfähre wurde zu einer ticketfreien Zone erklärt

höhungen des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) setzen jedoch die falschen Signale. Die Alternative: Einführung eines Bürgertickets.

In einer kürzlich vorgelegten Studie wurde die Möglichkeit eines Bürgertickets zur kostenfreien Nutzung von Bussen und Bahnen durchgerechnet. Danach entfallen zurzeit auf jeden Hamburger 629 Euro Kosten im Zusammenhang mit dem Pkw-Verkehr. Andererseits wären nur knapp 170 Euro pro Jahr und Person nötig, um einen gänzlich kostenfreien Öffentlichen Personennahverkehr zu finanzieren. **In 19 europäischen Städten ist der kostenfreie Öffentliche Nahverkehr bereits Realität. Auch in Hamburg ist das möglich. Deshalb fordern wir die sukzessive Einführung eines Bürgertickets.**

Liebe Wandsbeker,

am 20. Februar 2011 wählen Sie nicht nur die Hamburger Bürgerschaft sondern auch die 57 Abgeordneten in der Wandsbeker Bezirksversammlung. Nach dem Bruch der schwarz-grünen Koalition im Hamburger Rathaus wird auch eine Neuwahl in Hamburgs größtem Bezirk erforderlich.

Seit mehr als zehn Jahren fördern CDU, SPD, Grüne und FDP ein Wirtschaftssystem, das die oberen Einkommensgruppen begünstigt und die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland benachteiligt. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

In Hamburg gibt es annähernd 1.000 Einkommensmillionäre und 10 Vermögensmilliardäre. Dennoch ist die Stadt so arm, dass in sozialen Einrichtungen, bei den Gehältern der Beamten und bei der Kultur gekürzt werden soll. **Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin! Sie schadet der Stadt und zerstört den Zusammenhalt der Gesellschaft!** Mit dem Wahlprogramm geben wir Ihnen einen Einblick in unsere Ziele für Wandsbek. Weitere Vorhaben finden Sie in unserem Landeswahlprogramm. Bei unserer Arbeit lassen wir uns von drei Grundsätzen leiten:

- Politik ist kein Selbstzweck. Sie muss von den Interessen und Problemlagen der Einwohnerinnen und Einwohner ausgehen und mit ihnen zusammen gestaltet werden.
- Soziale und kulturelle Angebote sollen sich am Bedarf orientieren, den sozialen Zusammenhalt ermöglichen und die Menschen unterstützen, die unsere Hilfe benötigen.
- Ziel unserer Politik ist es nach wie vor, den Bezirk als Wohn-, Arbeits- und Lebensort für seine rund 400.000 Einwohner weiterzuentwickeln.

Am 20. Februar 2011 bitten wir um Ihre Stimmen!

Ich nehm' DIE LINKE



Unser Wahlprogramm für Wandsbek

Mit diesem Kurzprogramm geben wir Ihnen einen Einblick in unsere Ziele für Wandsbek. Weitere Zielsetzungen finden Sie in unserem Landeswahlprogramm. Unsere Schwerpunkte sind:

Menschenwürdig Wohnen

Wohnen ist ein Grundrecht. Jeder Mensch hat Anspruch auf menschenwürdiges Wohnen. Zur Zeit fehlen in Hamburg 40.000 Wohnungen. Jährlich müssten mindestens 8.000 Wohnungen neu errichtet werden. Gegenwärtig liegt diese Zahl bei rund 2.000



Wir fordern daher:

- Intensiveren sozialen Wohnungsbau
- Mehr Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen
- Verhinderung von Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnungen
- Ausbau des neuen Wohngebietes Jenfelder Au (ehemalige Lettow-Vorbeck-Kaserne) zu einem familienfreundlichen Wohngebiet
- Eine schonende aber konsequente Nachverdichtung von Wohngebieten

Von Arbeit muss man leben können

DIE LINKE setzt sich ein für gute Arbeit statt unsicherer und schlechter Beschäftigung

Dafür setzen wir uns ein:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde
- Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes bis zur Abschaffung von Hartz-IV auf mindestens 500 Euro
- Vergabe Öffentlicher Aufträge nur an Unternehmen, die Tarifverträge einhalten, Mindestlöhne zahlen und soziale und ökologische Kriterien beachten
- Strikte Begrenzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen
- Keine Stellenstreichungen im öffentlichen

- Dienst
- Keine Auslagerung von Beschäftigung aus den öffentlichen Betrieben an private Dienstleister
- Umwandlung der 1,- € Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.
- Ansiedlung von Betrieben aus dem Bereich der erneuerbaren Energien in Wandsbek mit einem „Energiepark Wandsbek“
- Durchführung eines Wandsbeker Wirtschaftsratschlags mit dem Ziel, Ausbildung und Beschäftigung in Wandsbek zu fördern

Shoppen fast rund um die Uhr?

Wir sind gegen die Geschäftsöffnung an Sonn- und Feiertagen, denn die Öffnung der Läden an Werktagen bis 22.00 Uhr reicht aus. Die Beschäftigten im Einzelhandel, auch hier in Wandsbek, müssen wieder mehr Zeit für Familie und Freizeitaktivitäten haben.

Das fordern wir:

- Keine Laden-Öffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen
- Aus dem Ladenöffnungsgesetz, gibt's nur in Hamburg, muss wieder ein Ladenschlussgesetz werden.

Stadtplanung (Umwelt, Verkehr)

Stadtplanung soll allen Menschen in Wandsbek ein lebenswertes Wohn- und Arbeitsumfeld bieten und nicht den privatwirtschaftlichen Interessen von Immobilienunternehmen dienen.

Das wollen wir:

- Parks, Grünanlagen und städtische Kleingärten sollen grundsätzlich erhalten bleiben
- Gefällte Straßenbäume sind vollzählig zu ersetzen
- Ausbau der R 10 über Rahlstedt nach Ahrensburg zu einer richtigen S-Bahn (S4)



- Unterstützung der Stadtbahn und Anbindung der Stadtteile Bramfeld und Steilshoop
- Stärkere Förderung des Radverkehrs
- Barrierefreier Zugang zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden
- Einführung eines Sozialtickets für 15,- € im Monat. Langfristig wird der Nulltarif angestrebt
- Konsequente Förderung des Radverkehrs

Öffentliches Eigentum nicht verscherbeln



In den vergangenen Jahren wurden in Hamburg zahlreiche Immobilien aus dem Eigentum der Stadt verkauft und vielfach zurückerkauft. Das ist teuer und die Stadt wird abhängig vom privaten Immobilienmarkt.

Deshalb fordern wir:

- Einblick und Offenlegung der Verträge beim Verkauf öffentlichen Eigentums
- Keine weitere Privatisierung, stattdessen Rückkauf und Rekommunalisierung
- Kein Verkauf der Ohlendorffschen Villa in Volksdorf (ehemaliges Ortsamt)
- Wir unterstützen die Initiativen „Die Stadt gehört uns“ und „Unser Hamburg – Unser Netz“

Hilfe für Menschen, die Unterstützung brauchen

Die Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Armut ist ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Partei. Wir fordern den Erhalt sozialer Angebote für Menschen in sozialen Schwierigkeiten und die Wahrung der Interessen von Menschen mit Behinderungen.

Wir fordern:

- Sicherstellung und Ausbau unabhängiger Beratungsangebote zu sozialrechtlichen Fragen
- Stärkung der Schuldnerberatungsstellen
- Einrichtung von Tagesaufenthaltsstätten

- Seniorentreffs und Seniorengruppen in ausreichender Anzahl und mit angemessener Mitteleistung
- Zusammenarbeit mit dem bezirklichen Seniorenbeirat
- Ausbau der Hilfen für Menschen mit Behinderung
- Unabhängiges Beratungsangebot für Frauen und Migrantinnen

Bildung ist ein Menschenrecht

Bildung setzt Menschen in die Lage, gemeinsam mit anderen ein freies, sozial verantwortliches und

selbstbestimmtes Leben zu führen. Doch in kaum einem anderen Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie in Deutschland.

Darum fordern wir:

- Ausbau der Ganztagschulen
- Gemeinsames Lernen bis Klasse 10
- Kostenloses Mittagessen in den Schulen und KITAS
- Sicherstellung der Mittel für Jugendeinrichtungen
- Ausbau der Kindertagesplätze und kostenlose Betreuung für alle Kinder ab zwei Jahren
- Mehr Mitarbeiter in den allgemeinen sozialen Diensten (ASD).
- Mehr Straßensozialarbeiter und mehr aufsuchende Sozialarbeit
- Sicherstellung ausreichender Ausbildungsplätze



Kultur baut Brücken

Kultur ist keine Leistung von Eliten für Eliten. Kultur geht alle an.

Deshalb wollen wir:

- Ausreichende finanzielle Mittel für die Stadtteil-

kultureinrichtungen in Wandsbek

- Realisierung der Kulturinsel Bramfeld
- Verfolgung der Projektidee für ein Kulturzentrum im Herzen von Rahlstedt
- Erhalt und Ausbau der Öffentlichen Bücherhallen
- Die Ohlendorffsche Villa in Volksdorf muss für die Kulturschaffenden vor Ort nutzbar gemacht werden

Mehr Demokratie wagen

Wir wollen mehr demokratische Kontrolle und Mitbestimmung in der Wirtschaft und im Staat, in den Massenmedien, in Bildung, Wissenschaft und anderen Gesellschaftsbereichen. Das gilt für den Bund, das Land Hamburg und den Bezirk Wandsbek.

Unsere Forderungen:

- Eine leistungsfähige, wohnortnahe Verwaltung
- Transparentes Verwaltungshandeln und eine Verbesserung der Informationspflicht für die Öffentlichkeit
- Ausbau des öffentlichen Bezirksinformationssystems Open Plenum zu einer Plattform für den Dialog zwischen Bürgern, Politik und Bezirksverwaltung.
- Mehr Entscheidungsrechte für die Bezirksversammlung
- Mehr personelle und finanzielle Mittel für das Bezirksamt
- Eine Stärkung der Regionalausschüsse
- Vermehrte Einbeziehung der Stadtteilbeiräte und

Stadtteilkonferenzen

- Bessere Informationen für Vereine, Initiativen und Bürger über Fördermöglichkeiten
- Unterstützung eines breiten Bündnisses gegen Rechts

Der neue Busbahnhof in Poppenbüttel ist schon lange fertiggestellt. Allein was fehlt, ist eine Fußgängerbrücke zwischen Bahnhof und Busbahnhof. Sie soll ja gebaut werden, lässt aber schon lange auf sich warten. Die Finanzierung steht, wird allenthalben behauptet. DIE LINKE im Regionalausschuss Alstertal brachten dieses Thema auf die Tagesordnung.

Wie so häufig wird geprüft, vertagt und irgendwann ist es dann soweit. Es wird einem Antrag der LINKEN zugestimmt, dass die Behörden in Wandsbek endlich tätig werden müssen (bei Enthaltung von CDU und FDP). Schließlich entscheidet sich DIE LINKE Alstertal zu einer großen Unterschriftaktion am Bahnhof Poppen-

Die Linke – aktiv in Poppenbüttel

büttel, um Druck für den Bau einer Behelfsbrücke zu machen. Die anderen Parteien im Regionalausschuss werden gebeten, beim Sammeln von Unterschriften zu helfen, und wenn sie nicht mit Vertretern der Linken dort stehen wollen, dann wochenweise oder tagesweise abwechselnd. Sie machen auch dann nicht mit, als

klar wird, dass die Bürger und Fahrgäste sich wundern, warum SPD, CDU und GAL nicht mitmachen beim Unterschriftensammeln.

Ca 3.000 Unterschriften sollen schließlich der für den Bau zuständigen Behörde BSU überreicht werden, um zu dokumentieren, dass die Bürger und Fahrgäste die Brücke fordern. Der jetzige Zustand gleicht einem Schildbürgerstreich. Behörde und Senatorin Hajduk (GAL) reagieren aber überhaupt nicht. Es gibt einfach keinen Termin zur Übergabe der Unterschriftenliste. Ob Versprechungen seitens der Behörde eingelöst werden, mit dem Bau der Brücke jetzt im Frühjahr zu beginnen, bleibt abzuwarten.

Wir werden uns weiter ak-



Hier fehlt die Brücke zum Busbahnhof

tiv für den Bau der Brücke einsetzen, auch mit neuen Aktionen, sollte der Bau hinausgezögert werden, diesmal dann vielleicht auch mit Hilfe der SPD und GAL. Bei dieser verfehlten Kommunalpolitik geht es doch nicht um

kleinkarierte Parteipolitik, sondern allein um eine vernünftige Lösung für die Nutzer von Bus und Bahn.



Die LINKE beim Unterschriften sammeln

DIE LINKE im Wahlkreis 12

Aus gutem Grund unterstützt DIE LINKE gerade in Bramfeld, Steilshoop und Farmsen-Berne die Volksinitiative zu den Kitatagebühren. In diesen Stadtteilen ist eine kos-

tenlose Kinderbetreuung für. In der frühkindlichen Bildung muss auch für Kinder von ALG-II-EmpfängerInnen eine mindestens 6-stündige Betreuung möglich sein, wie es im Bundesland Berlin be-

reits vorgemacht wird. Arbeitsplätze mit dem Mindestlohn von 10 € pro Stunde umgewandelt werden. Das sind z.B. um die 200 „Ein-Euro-Jobs“ in Steilshoop, gut 50 in Bramfeld und einige weitere in Farmsen.

Steilshoop muss im Förderprogramm der Stadtentwicklung bleiben.

DIE LINKE setzt sich für das kommunale Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten ein sowie für die Teilnahme an Volksentscheiden. Wichtig sind auch Integrationskurse vor Ort, die den Bedürfnissen der Menschen angepasst werden. In dieser Richtung engagiert sich z.B. Ayacsa e.V. in Bramfeld. Kulturelle Vielfalt ist möglich.

Wir unterstützen die Initiative gegen Rechts in Bramfeld.

Wir möchten die finanziellen Mittel für Jugendeinrichtungen, Jugend-

wohnungen in Farmsen, Mädchengruppen und Personalstellen für die Sozialarbeit und interkulturelle Projekte absichern. Gleiches gilt für die Stadteilkultur, wie z. B. Bramfelder Kulturladen und A.G.D.A.Z. Die Umsetzung der Kulturinsel Bramfeld steht an, denn die Machbarkeitsstudie liegt schon seit Mai 2010 vor. Dafür hat sich DIE LINKE auch schon vor Ort eingesetzt. Die kulturellen und sozialen Einrichtungen machen die Stadtteile lebendig. Nur in dieser Verbindung kann Kultur auch von oben wachsen.



Die Hafencity wird angebunden, Bramfeld und Steilshoop nicht



Eine solche moderne Straßenbahn könnte Bramfeld und Steilshoop mit der City verbinden

Wie von vielen BewohnerInnen angemerkt, muss auch bei den Fuß- und Radwegen noch viel getan und saniert werden. Des Weiteren ist Verkehrsberuhigung vor Ort ein wichtiges Thema. Die Volksinitiative „StadtbahnJA“ wird von der Linken aktiv unterstützt, jedoch bei weiterem Erhalt von guten Busverbindungen und Zeittakten Richtung Barmbek.

Auch die dauerhafte finanzielle Absicherung des Wochenmarktes Berne liegt uns sehr am Herzen.



Hier beim BRAKULA könnte das Bramfelder Kulturzentrum entstehen. Eine positive Machbarkeitsstudie liegt vor. Jetzt ist der Senat gefordert

tenlose Kinderbetreuung ab 2 Jahre, ein warmes Mittagessen, Sprachförderung und mehr Personal in den sozialen Einrichtungen besonders wichtig. Die Abschaffung des Kitagutscheinsystems ist eine Grundvoraussetzung da-

Die hervorragenden Leistungen, die Menschen in sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ für soziale Einrichtungen in ihrem Stadtteil erbringen, sollten in sozialversicherungs-pflichtige

Unsere KandidatInnen für die Bürgerschaft

Wahlkreis 11 Wandsbek



Vasco Schultz
34 Jahre, Student,
Mitglied bei ver.di,
Mehr Demokratie e.V.,
Kulturwerk
Rahlstedt e.V.



Gerda Azadi
Ausbilderin in der
beruflichen Bildung,
61 Jahre, Mitglied bei
ver.di, Vorstand
Kulturschloss



Charlotte Wilken
Dipl. Soziologin,
67 Jahre
Mitglied bei ver.di



Gernot Schultz
57 Jahre, Technischer
Angestellter, Mitglied
bei ver.di, Initiative
Bürgerhaus Wandsbek



Inge Asimiadis
Dipl.-Bibliothekarin,
Rentnerin, Mitglied
bei ver.di



Michael Mander
22 Jahre, Musiker



Haydar Babur
Selbständig,
37 Jahre, Mitglied
bei ver.di, DiDF



Dr. Benedikt Behrens
54 Jahre, Historiker,
Mitglied bei ver.di,
Initiative Stolpersteine
Hamburg



Jan Rübke
geboren 1952, Diplom
Betriebs- und Sozial-
wirt, Angestellter



Hamiyet Köse
geboren 1960 in der
Türkei, seit 1971 in
Hamburg, Diplom
Betriebswirtin



Julian Georg
18 Jahre, Student,
Fachschaftsrat
Sozialwissenschaften



Dieter von Kroge
53 Jahre, Betriebswirt,
Leiter Haustechnik,
Mitglied bei IG Metall,
Betriebsrat, Schwerbe-
hindertenvertreter



Michael Georg
60 Jahre, Lehrer,
Mitglied in der GEW



Günter Wolff
56 Jahre, Postbeamter,
Vertrauensmann bei
ver.di



Olaf Brendel
50 Jahre, gelernter
Steinmetz,
Gesamtbetriebs-
ratsvorsitzender,
Mitglied bei ver.di



Anke Ehlers
49 Jahre, Altenpflege-
rin, kfm. Assistentin,
Mitglied bei ver.di,
Pro Asyl



Gert Schlüter
65 Jahre, Diplom-
Volkswirt, Export-
kaufmann, Mitglied
bei Attac, Pro Asyl,
Freundeskreis der
Kunsthalle



Heike Rooks
49 Jahre, Verwaltungs-
angestellte, Personal-
rätin, Mitglied bei ver.
di, BUND, Mehr Demo-
kratie e.V., Initiativen
Unser Hamburg-unser
Netz, Tschüss
Vattenfall



Susanne Carstens
58 Jahre, selbständig
als Grafikerin und
Journalistin, Gründe-
rin einer Malschule,
Mitglied im Kulturkreis
Walddörfer, Freundes-
kreis der Kunsthalle



Helmut Klein
64 Jahre, Servicetech-
niker, Rentner, Mitglied
bei ver.di



Helga Niestroj
63 Jahre, freie
Journalistin,
Mitglied bei ver.di



Rainer Behrens
60 Jahre, Diplom-
Ingenieur, Mitglied
bei IG Bergbau,
Chemie, Energie



Manfred Goll
70 Jahre, Verlags-
kaufmann, Rentner,
Mitglied bei ver.di,
Mehr Demokratie e.V.



Christian Kruse
51 Jahre,
Softwareentwickler



Horst Bethge
75 Jahre, Lehrer a. D.
Mitglied bei der GEW



Klaus Rooks
59 Jahre, Dipl. Ing.,
selbständig, IT Dienst-
leister, Mitglied bei
Grüne Hilfe, NaBu



Dora Heyenn
61 Jahre, Lehrerin,
Fraktionsvorsitzende
DIE LINKE in
der Bürgerschaft,
Mitglied in der GEW



Dirk Kotelmann
36 Jahre, Philologe



Marita Timm
58 Jahre, Fremd-
sprachenkorres-
pondentin



Klaus Lange
66 Jahre, System-
analytiker, Rentner,
Mitglied bei ver.di



Karin Schorr
54 Jahre, gelernte
Tierpflegerin und
Erzieherin, Mitglied
bei ver.di



**Henry Martin
Kurwahn**
45 Jahre, TV-Journalist
in spanischer Sprache,
Rechtsinformatiker



Svenja Spohr
27 Jahre, Diplom
Sozialpädagogin
(tätig in der Kinder-
und Jugendhilfe)

**Dran
denken
bei der Wahl,
Kapital ist nie
sozial!**

Das neue Wahlrecht gibt Ihnen viele individuelle Wahlmöglichkeiten

Das Wahlrecht ist gegenüber der letzten Wahl, die schon eine größere individuelle Wahlmöglichkeit bot, erneut verändert worden. Sie können jetzt noch stärker Schwerpunkte setzen. So können Sie beispielsweise bei den Listenstimmzetteln Ihre 5 Stimmen einer Partei oder 5 verschiedenen Parteien geben. Ebenso können Sie bei den Wahlkreislisten an einen Kandidaten alle Ihre 5 Stimmen vergeben, oder an bis zu 5 Kandidaten jeweils 1 Stimme. Mit diesem Wahlrecht wird dem Wähler mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente gegeben.

Wie viele Stimmzettel erhalten Sie?

Zur Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahl erhalten Sie insgesamt 4 Stimmzettel: 2 für die Bürgerschaftswahl (einen für die Landeslisten

und einen für die Wahlkreislisten) und 2 Stimmzettel für die Bezirksversammlungswahl (einen für die Bezirkslisten und einen für die Wahlkreislisten).

Sind Sie Bürger eines anderen EU-Landes erhalten Sie nur die Stimmzettel für die Bezirksversammlung.

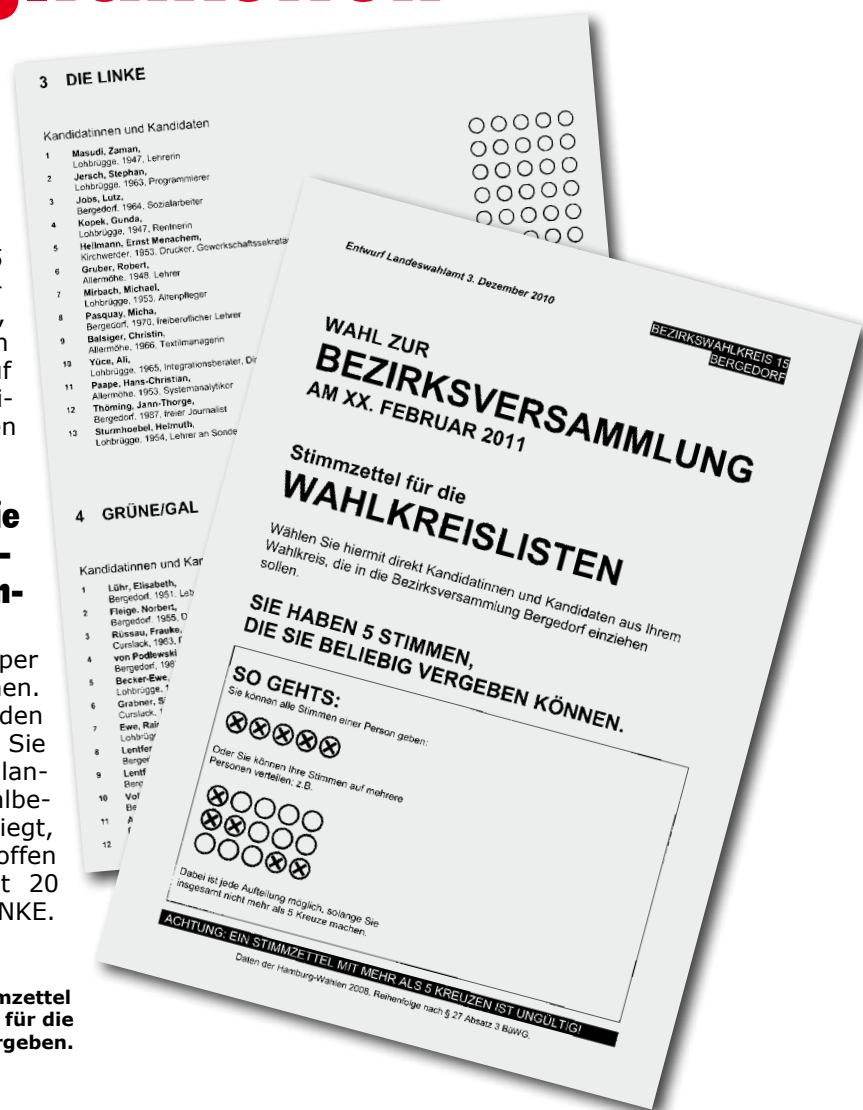
Wie viele Stimmen können Sie abgeben?

Sie können jeweils 10 Stimmen abgeben. Für die Bürgerschaftswahl 5 Stimmen auf dem gelben Landeslisten- und 5 Stimmen auf der roten Wahlkreis-Stimmzettel. Auch bei der Bezirksversammlungswahl können Sie 5 Stimmen auf dem grünen Bezirkslisten- und 5 Stimmen auf dem blauen Wahlkreis-Stimmzettel abgeben.

Mit den Listenstimmzetteln wählen Sie jeweils die Parteien, mit den Wahlkreisstimmzetteln die Kandidaten. Dabei können Sie ihre 5 Stimmen z. Beispiel an eine Partei, einen Kandidaten vergeben, oder auf verschiedene Parteien und Kandidaten verteilen.

Was ist, wenn Sie nicht ins Wahllokal kommen können?

Dann können Sie per Briefwahl teilnehmen. Die entsprechenden Unterlagen können Sie über den Briefwahlantrag, der der Wahlbenachrichtigung beiliegt, beantragen. Wir hoffen auf Ihre insgesamt 20 Stimmen für DIE LINKE.



Muster der beiden Stimmzettel zur Bezirksversammlungswahl. Oben der Stimmzettel für die Listenwahl, mit dem die Parteien gewählt werden, unten der Stimmzettel für die Kandidaten. Mit beiden Stimmzetteln sind je 5 Stimmen zu vergeben.

HSH-Nordbank-Skandal



LINKE fordert: Aufklärung muss weitergehen

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur HSH-Nordbank-Affäre steht in der Hamburger Bürgerschaft vor dem Aus. Er war seinerzeit eingesetzt worden, um die Ursachen des HSH-Nordbank-Desasters zu klären und Lösungsansätze herauszuarbeiten. Nun muss er seine Arbeit einstellen. Den Medien ist zu entnehmen, dass die Mehrheit in der Bürgerschaft der Meinung ist, der Untersuchungsauftrag sei erfüllt und weitestgehend zu Ende gebracht.

Dabei dürfte mittlerweile klar sein, dass der Gesamtvorstand – und nicht nur einzelne Mitglieder – ihre Sorgfaltspflichten grob, fahrlässig und wohl auch vorsätzlich verletzt haben. Geschäfte in unvorstellbar riesigen Dimensionen sind getätigt worden, ohne dass wirtschaftliche Gegenleistungen erkennbar sind. Diese Transaktionen waren wirtschaftlich völlig sinnlos. Der Stadt Hamburg und damit dem Steuerzahler sind schwere Vermögensschäden entstanden. Staatsanwälte haben Ermittlungen aufgenommen, Gerichtsurteile liegen vor, der Verdacht grober Pflichtverletzungen scheint sich immer mehr zu erhärten. Vor diesem Hintergrund fordert DIE LINKE eine Fortsetzung des Untersuchungsausschusses.

Der Fluch der bösen Tat: Die Privatisierung der Krankenhäuser kommt Hamburg teuer zu stehen

DIE LINKE wirft dem Senat vor, dass er die damalige schwierige finanzielle Lage der Krankenhäuser ausnutzte, um sie zu privatisieren. Es gab keinerlei Bemühungen, das Überleben von Hamburgs Krankenhäusern im öffentlichen Besitz zu sichern. Stattdessen hat der Senat im Frühjahr 2005 beschlossen, ein Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ in Höhe von einer Milliarde Euro aufzulegen. Am fehlenden Geld konnte es also nicht gelegen haben, warum die Krankenhäuser privatisiert wurden. Die Privatisierung erfolgte zudem gegen den anderslautenden Volksentscheid. Warum dieser ganze Vorgang noch immer unseren Zorn

hervorrufft? Weil auf der einen Seite Milliardeninvestitionen getätigt werden, und auf der anderen Seite, wegen angeblich fehlender Gelder, öffentliches Eigentum auf skandalöse Weise verschandelt wird, bei dem das Haftungsrisiko auch noch bei der Stadt verbleibt und keinerlei Einnahmen er-

zielt werden. Wie verlogen kann Politik noch sein?

Der Senat ignorierte einen Volksentscheid, der bundesweit Aufsehen erregt hatte. Es ist, so wie die Dinge liegen, davon auszugehen, dass der damalige Senat gar nicht die Absicht hatte, den Volksentscheid umzusetzen.



Unsere KandidatInnen für die Bezirksversammlung Wandsbek

Wahlkreis 11 Wandsbek



Gernot Schultz
57 Jahre, Technischer Angestellter, Mitglied bei ver.di, Initiative Bürgerhaus Wandsbek



Gerda Azadi
Ausbilderin in der beruflichen Bildung, 61 Jahre, Mitglied bei ver.di, Vorstand Kulturschloss



Charlotte Wilken
Dipl. Soziologin, 67 Jahre Mitglied bei ver.di



Holger Meyer
57 Jahre, selbständig



Michael Mander
22 Jahre, Musiker



Jens Ruge
Anwendungsprogrammierer, 49 Jahre, ver.di Betriebsgruppenvorstand Knappschaft



Haydar Babur
Selbständig, 37 Jahre, Mitglied bei ver.di, DiDF



Ralph Labudde
48 Jahre, Konstruktionsmechaniker, IG-Metall-Vertrauensmann, Mitglied bei Attac



Gerhard Brauer
62 Jahre, Berufsschullehrer, Mitglied der GEW



Jan Luethje
55 Jahre, Berufskraftfahrer, erwerblos, Mitglied bei ver.di, engagiert bei Hinz & Kunzt



Anke Ehlers
49 Jahre, Altenpflegerin, kfm. Assistentin, Mitglied bei ver.di, Pro Asyl



Olaf Brendel
50 Jahre, gelernter Steinmetz, Gesamtbetriebsratsvorsitzender, Mitglied bei ver.di



Manuela Schenkenberg,
50 Jahre, Lagerhilfe, Beriebsrat, Mitglied bei ver.di



Julian Georg
18 Jahre, Student, Fachschaftsrat Sozialwissenschaften



Rainer Tichy
67 Jahre, Kulturmanager, Mitglied bei ver.di, Wandsbeker Kulturforum



Günter Busse
58 Jahre, Technischer Angestellter, Mitglied bei IG Metall



Mehmet-Ali Nergiz
46 Jahre, Kaufmann



Dieter von Kroge
53 Jahre, Betriebswirt, Leiter Haustechnik, Mitglied bei IG Metall, Betriebsrat, Schwerbehindertenvertreter



Heike Rooks
49 Jahre, Verwaltungsangestellte, Personalrätin, Mitglied bei ver.di, BUND, Mehr Demokratie e.V., Initiativen Unser Hamburg-unser Netz, Tschüss Vattenfall



Rainer Behrens
60 Jahre, Diplomingenieur, Mitglied bei IG Bergbau, Chemie, Energie



Helga Niestroj
63 Jahre, freie Journalistin, Mitglied bei ver.di



Gert Schlüter
65 Jahre, Diplom-Volkswirt, Exportkaufmann, Mitglied bei Attac, Pro Asyl, Freundeskreis der Kunsthalle



Susanne Carstens
58 Jahre, selbständig als Grafikerin und Journalistin, Gründerin einer Malschule, Mitglied im Kulturkreis Walddörfer, Freundeskreis der Kunsthalle



Helmut Klein
64 Jahre, Servicetechniker, Rentner, Mitglied bei ver.di



Manfred Goll
70 Jahre, Verlagskaufmann, Rentner, Mitglied bei ver.di, Mehr Demokratie e.V.



Horst Bethge
75 Jahre, Lehrer a. D. Mitglied bei der GEW



Klaus Rooks
59 Jahre, Dipl. Ing., selbständig, IT Dienstleister, Mitglied bei Grüne Hilfe, NaBu



Svenja Spohr
27 Jahre, Diplom Sozialpädagogin (tätig in der Kinder- und Jugendhilfe)



Klaus Lange
66 Jahre, Systemanalytiker, Rentner, Mitglied bei ver.di



Karin Schorr
54 Jahre, gelernte Tierpflegerin und Erzieherin, Mitglied bei ver.di



Vasco Schultz
34 Jahre, Student, Mitglied bei ver.di, Mehr Demokratie e.V., Kulturwerk Rahlstedt e.V.



Marita Timm
58 Jahre, Fremdsprachenkorrespondentin



Dirk Kotelmann
36 Jahre, Philologe



Dora Heyenn
61 Jahre, Lehrerin, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE in der Bürgerschaft, Mitglied in der GEW



Henry Martin Kurwahn
45 Jahre, TV-Journalist in spanischer Sprache, Rechtsinformatiker

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land



DIE LINKE in der

Bezirksversammlung Wandsbek – eine Bilanz

Die Fraktion, das waren nicht nur die vier Abgeordneten in der Bezirksversammlung, sondern auch 20 Menschen in den Fach- und Regionalaussschüssen. Ihr Ziel war es, die konkreten Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und aktiv unseren Bezirk sozialer, ökologischer und lebenswerter zu machen. Wir stehen in engem Kontakt mit den Initiativen und Vereinen, Gruppen und Einzelpersonen vor Ort. Wir nehmen die Anliegen der Menschen ernst. Denn wir glauben, dass man die Welt nur mit den Menschen verändern kann, nicht über ihre Köpfe hinweg. In der Bezirksversammlung machten wir keine Opposition aus Prinzip, sondern stimmten sinnvollen Anträgen der anderen Fraktionen durchaus zu. Bei vielen Dingen geht es vor allem um unstrittige kommunale bezirkliche Angelegenheiten. Dennoch konnten wir als LINKE Akzente setzen:

● Kultur:

- Auch unserem Einsatz als LINKE in der Bezirksversammlung und in den außerparlamentarischen Gruppen ist es zu verdanken, dass Wandsbek mit dem „Kultur-schloss“ inzwischen wieder ein Kulturzentrum hat
- Wir haben uns für die Einrichtung der Stelle eines Stadtteilkulturmanagers eingesetzt.
- Bereits seit Anfang der Legislaturperiode setzen wir uns für die Realisierung der „Kulturinsel Bramfeld“ und eines Kulturzentrums in Rahlstedt ein.
- Vehement setzen sich unsere Leute vor Ort dafür ein, dass die Ohlendorffsche Villa in Volksdorf im öffentlichen Eigentum der Stadt Hamburg und somit für die Kulturschaffenden vor Ort nutzbar bleibt
- Wir haben dafür gesorgt, dass die Büste des Sklavenhändlers Schimmelmann nicht mehr auf dem Wandsbeker Marktplatz steht.

● Soziales:

- Wir haben das Thema Armut- und Reichtumsbericht auf die Tagesordnung der Bezirksversammlung gesetzt und

gegen den Widerstand von CDU und FDP eine öffentliche Anhörung des Bezirks zum Thema „Kinderarmut“ durchgeführt.

- In der Debatte um die „Bordell-Affäre“ haben wir als einzige Fraktion die offensichtliche Bigotterie des Wandsbeker Kleinbürgertums angeprangert.
- Dass das Community-Center Hohenhorst nun doch gebaut werden konnte, liegt maßgeblich an unserem Einsatz in der Bezirksversammlung, aber auch an vielen Gesprächen „hinter den Kulissen“.
- Wir waren auch diejenigen, die sich am vehementesten für die Einrichtung einer Eingliederungshilfe für ehemalige Drogenabhängige in der Schädlerstraße eingesetzt haben.
- Mehrfach haben wir in Anträgen auf Verbesserungen der Situation von Obdachlosen hingewirkt.
- Darüber hinaus haben wir die Einführung eines Sozialtickets gefordert.
- Bereits 2008 haben wir die Unfähigkeit des Senats kritisiert, dem steigenden Bedarf und dem sinkenden Angebot an Sozialwohnungen zu begegnen.
- Wir haben uns gegen die ersatzlose Streichung der Gelder für die Arbeitsmarktpolitik eingesetzt und gefordert, dass die 1,- € Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.



Ein Miterfolg der LINKEN – das neue Kulturschloss Wandsbek

● Arbeit:

- Wir haben uns für soziale und ökologische Mindeststandards bei Vergaben des Bezirksamts eingesetzt.
- Konsequenterweise haben wir mehrfach gefordert, das Bezirksamt möge darauf verzichten, Sonntagsöffnungen im Bezirk Wandsbek zu erlauben.
- Die Verbesserung der Situation der Hartz-IV-EmpfängerInnen und die Umwandlung der 1,- €-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung waren Themen, die wir mehrfach im Laufe der Legislatur auf die Tagesordnung gesetzt haben.
- Immer wieder haben wir auf die katastrophale personelle und finanzielle Situation des Bezirksamts Wandsbek aufmerksam gemacht. Die Sparvorgaben des Senats haben wir immer wieder mit scharfen Worten kritisiert und zurück gewiesen.

● Ökologie:

- Wir haben uns für ein Wandsbeker Klimaschutzprogramm und die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe stark gemacht.
- Außerdem war es unser Anliegen, die Wahrnehmung der Aufgaben des bezirklichen Naturschutzes kritisch zu evaluieren zu lassen.

● Verkehr:

- Bereits früh haben wir gefordert, die Tempo 60



Die bisherige Bezirksfraktion

Strecken in Wandsbek wieder auf Tempo 50 zu vermindern.

- Wir haben mehrfach Anträge für die Einrichtung von Tempo 30 Zonen und Einbahnstraßen sowie verkehrsberuhigten Bereichen gefordert.
- Konsequenterweise haben wir immer wieder in unseren Beiträgen die Unterstützung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Radverkehrs eingefordert.
- Im Alstertal haben wir durch massiven Einsatz - unter anderem durch eine groß angelegte Unterschriftensammlung unserer engagierten Leute vor Ort - dazu beigetragen, dass der Senat das Problem der fehlenden Brücke am Bahnhof Poppenbüttel endlich ernst nimmt.
- Wir haben uns für die Stadtbahn stark gemacht und für die S4.

● Frieden:

- Als auf dem Wandsbeker Marktplatz der Reservistenverband der Bundeswehr sein „Werben fürs Sterben“ am 11. September 2010 durchführen wollte, haben wir auf die Situation aufmerksam gemacht und mehrmals das Verbot dieser Werbeveranstaltung gefordert.
- Wir haben den kritischen Umgang mit den Wandsbeker Kriegerdenkmälern am Beispiel

des Hummelsbüttler Denkmals für die gefallenen deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkriegs mit der Inschrift „Unseren Helden“ öffentlich gemacht.

- Die Fraktion hat einen Friedensratschlag durchgeführt.

Insgesamt haben wir als Fraktion bisher über 90 Anträge in die Bezirksversammlung und die Ausschüsse eingebracht. Es wurden 57 Anfragen an das Bezirksamt und den Senat gerichtet. Wir haben 89 Pressemitteilungen formuliert und hatten zahlreiche Erwähnungen in der lokalen sowie in der hamburgweiten Presse.

Wir haben es geschafft, als eigenständige linke Opposition in der Bezirksversammlung und von der Bevölkerung ernst genommen zu werden. Wir haben den Kontakt zu Vereinen, Initiativen und engagierten Menschen in Wandsbek auf- und ausgebaut und konnten dadurch unsere Vision eines solidarischen und gerechten Wandsbeks weiter voran bringen.

Wir glauben, dass wir eine gute Basis dafür gelegt haben, dass sich die LINKE in Wandsbek etabliert und auch in der nächsten Legislatur dann hoffentlich durch weitere Abgeordnete gestärkt den anderen Parteien ordentlich „Feuer“ geben kann.

Hummelsbüttler Kriegsdenkmal

Der Stein des Anstosses kommt in Bewegung

Das Hummelsbüttler Kriegsdenkmal befindet sich neben der Bushaltestelle „Am Gnadenberg“ der Linie 174. Es ist ein Stein des Anstoßes. Es verherrlicht den Krieg und den Nationalsozialismus und verhöhnt die Opfer des deutschen Militarismus, Faschismus und Antisemitismus.



Das umstrittene Kriegsdenkmal

Was macht dieses Denkmal so unmöglich? Drei Granitfindlinge sind hier aufgetürmt. In einen der drei Findlinge ist ein Text eingemeißelt, der jeden Demokraten erschauern lässt: „Unsern Helden 1914–1918 1939–1945“. Eingeweiht wurde das Denkmal in den zwanziger

Jahren, also nach dem 1. Weltkrieg. Nach dem 2. Weltkrieg wurde dann das Denkmal ergänzt um den Zusatz „1939–1945“. Gerade dadurch, dass nach Ende des Krieges - also in Kenntnis der Verbrechen der Nazis - die Daten des zweiten Weltkrieges hinzugefügt wurden, bedarf es einer Erklärung. Seit Jahren versuchten diverse Initiativen, das Kriegsdenkmal zu verändern - leider immer ohne Erfolg. Die LINKE hat sich von diesen Misserfolgen nicht entmutigen lassen. Nach zwei Jahren und diversen Anfragen und Anträgen in der Bezirksversammlung Wandsbek und im Regionalausschuss Alstertal ist es uns zusammen mit engagierten Bürgern aus dem Alstertal gelungen, die Umgestaltung des Denkmals in greifbare Nähe zu bringen. Eine Arbeitsgruppe der Bezirksversammlung Wandsbek wird in Kürze einen Vorschlag zur Denkmalsergänzung vorlegen.



Neulich – nach einer Konfirmationssfeier in Oberhausen

Die evangelische Kirche in Oberhausen veranstaltet in Zusammenarbeit mit VERDI und ATTAC sogenannte politische Nachtgebete. Das politische Nachtgebet, begleitet von einem Trommler vor der Kirche, ist eine wiederkehrende Veranstaltung zu aktuellen gesellschaftspolitisch relevanten Themen. An diesem Tag ging es um das Thema Fair teilen statt sozial spalten.

Konkret wurde von den Teilnehmern gefragt nach dem Leben in Armut in der Stadt, den Chancen für Kinder und Jugendliche, der Situation der ArbeitnehmerInnen und den Folgen für die sozialen Träger und öffentlichen Einrichtungen.

Es wurde ganz konkret gesucht nach Perspektiven des fairen Verteilens von Geldressourcen und Arbeit, nach Mög-

lichkeiten, mit Protest aktiv zu werden und nach Ansätzen zur Solidarisierung in unserer Gesellschaft. Leiharbeiter, Hartz-IV-Aufstocker, Tafel-Gäste, das waren die immer wiederkehrenden Begriffe, um die sich die Diskussion drehte, die die Christen bewegten. Besonders empörend fand man es, dass die Regierungen die Konflikte zwischen Niedriglohnpfängern und Hartz-IV-Geschädigten noch schüren.

Eine beeindruckende Veranstaltung von engagierten Christen, die sich mit dem Abbau des Sozialstaates nicht anfreunden werden und für die Schwachen kämpfen. Ich dachte mir, Mensch, das gleiche tust du täglich in der politischen Arbeit für DIE LINKE, für die du als Kandidat bei der Bürgerschaftswahl antrittst. Christliches Handeln und Positionen der LINKEN - sehr nah beieinander!

Obdachlose im Katastrophenschutz- Bunker – menschenunwürdig!

Notunterkünfte der Stadt seit dem Frühjahr 2010 überfüllt. Erster bekannt gewordener Kältetoter dieses Winters in der Silvesternacht.

Der erste auf offener Straße erfrorene Obdachlose dieses Winters wurde am Neujahrstag tot in Altenwerder gefunden. Der 64jährige Mann hatte offenbar schon längere Zeit auf einem unbewohnten, verwilderten Gelände in der Nähe der Zufahrt zum Containerterminal Altenwerder notdürftig campiert.

Im Jahr 2010 sind in Hamburg erstmals die

städtischen Notunterkünfte bereits seit dem Frühjahr das ganze Jahr hindurch voll belegt, für den Winter fehlen etwa 1000 Notschlafplätze, mehr als 1000 Menschen leben in unserer Stadt auch im tiefsten Winter auf der Straße. Zur Ausweitung des Winternotprogramms hat der Senat seit Anfang Dezember lediglich den Katastrophenschutz-Bunker am Hauptbahnhof öffnen lassen. In dieser Anlage werden ungeheizte Massenunterkünfte mit einer Temperatur unter 15 Grad Celsius angeboten. DIE LINKE kritisiert die nach wie vor katastrophalen

Zustände in diesem Bunker am Hachmannplatz. Warum müssen in der Stadt der Einkommensmillionäre Menschen wie Vieh zusammengepfercht werden? Mit der Öffnung des Bunkers hat es sich der Hamburger Senat leicht gemacht und öffentlichkeitswirksam seine Handlungsbereitschaft demonstriert. Dabei ist der menschenwürdige Umgang mit Obdachlosen auf der Strecke geblieben.

Wir fordern schnelle Abhilfe. Dafür sollten umgehend weitere Möglichkeiten wie leerstehende Schulen oder auch die Anmietung von Hotels in Betracht

gezogen werden. Auch in finanziell schwierigen Zeiten ist ausreichend Geld vorhanden, um die Folgen des Wohnungsmangels in menschenwürdiger Form kurzfristig abzufedern. Das Straßenmagazin „Hinz & Kunzt“ hat dank

einer Spende bereits fünf Zimmer in einem Monteursheim anmieten können. Das muss der Stadt auch möglich sein – zumal der Bürgermeister bereits wieder Wahlgeschenke an diejenigen verteilt, denen es sowieso gut geht.



Katastrophale hygienische Zustände im Katastrophenschutz-Bunker